

# „60 Prozent aller Häftlinge entlassen“

**Zehn Gebote guter Kriminalpolitik.** Netzwerk aus unterschiedlichen Justizexperten plädiert gegen die Anlassgesetzgebung und für maßvollere Strafen sowie verstärkte Maßnahmen zur Prävention.



Für Gerichtschef ist „Restrisiko in Kauf zu nehmen“



Friedrich Forsthuber ist Sprecher der Strafrichter

**KURIER:** Die neuen Strafgesetze (z. B. gegen Staatsverweigerer) geben den Richtern mehr Möglichkeiten in die Hand. Ist das nicht wünschenswert?

**Friedrich Forsthuber:** Häufig wird nicht daran gedacht, dass die Umsetzung solcher neuen Bestimmungen Ressourcen kostet. Etwa die Überwachung: Die ist gut, aber wer wertet das alles aus? Schon jetzt fehlen der Justiz die Mittel, weil der Finanzminister 100 Millionen Euro im Jahr, die aus Kartellstrafen gewonnen werden, wegnimmt und Rücklagen nicht angetastet werden dürfen. Dabei ist nie vorhersehbar, wie stark die Kosten für Gutachter und Dolmetscher steigen. Außerdem: Neue Strafbestimmungen sind kein Allheilmittel für die Lösung gesellschaftlicher Probleme.

**Was schlagen Sie vor?**  
Eine Ausdehnung der gemeinnützigen Leistungen, die ja als Ersatz für uneinbringliche Geldstrafen jetzt schon ein Erfolgsmodell sind. Und es muss mehr für die Prävention getan werden. Die Jugendämter sagen, sie werden manchen Zwölfjährigen nicht mehr Herr und warten nur darauf, dass sie 14 sind, dann kann man sie einsperren. Man muss aber vorher ansetzen.

**Sie halten nur die Inhaftierung von 40 Prozent der derzeit einsitzenden 9000 Häftlingen für erforderlich und plädieren für weniger restriktive Anwendung der Einweisungen geistig abnormer Rechtsbrecher. Ist das nicht gefährlich?**

Ein Rest an Unsicherheit muss sein, ein Restrisiko muss man immer in Kauf nehmen.

VON RICARDO PEYERL

Die gute Tradition einer vernünftigen Kriminalpolitik in Österreich sei in den vergangenen Jahren „schleichend abhandengekommen“, dafür würden „Hüftschüsse“ überhand nehmen: Dieses Zeugnis stellt ein aus Experten geknüpftes breites „Netzwerk Kriminalpolitik“ Justizminister Wolfgang Brandstetter aus und gibt einer künftigen Bundesregierung „Zehn Gebote“ mit auf den Weg.

Diese reichen von Geduld und der Bereitstellung finanzieller Mittel für das Erreichen langfristiger Ziele über den Ausbau von Menschenrechten für Randgruppen bis zu frühzeitig in Angriff genommenen Resozialisierungsmaßnahmen. Das oberste Gebot wendet sich gegen die „Hüftschüsse“, also gegen die Schaffung neuer sowie die Erhöhung bestehender Strafandrohungen auf politischen Zuruf „als Placebo zur Beruhigung der Öffentlichkeit“.

## Schaffnergengesetz

Zuletzt ließ sogar der Sektionschef für die Strafgesetzgebung im Justizministerium, Christian Pilnacek, bei einer Tagung von Staatsanwälten mit Kritik an der „Anlassgesetzgebung“ aufhorchen: Pil-

nacek selbst nannte die neu geschaffenen Sanktionsmöglichkeiten wegen tätlicher Angriffe auf Öffi-Kontrollere „Schaffnergengesetz“, mit dem die Bahn-Bediensteten auch nicht besser geschützt seien.

Der Linzer Strafrechtsprofessor Alois Birkbauer attestiert dem (in jüngster Zeit verschärften) Strafrecht, „Lückenbüsser für Versäumnisse bei der Integrationspolitik“ zu sein: Wenn hier geduldete Fremde keinen Zugang zu Arbeit bzw. Leistungen des Sozialsystems haben, sei es nicht verwunderlich, wenn sie zum Beispiel im Drogenhandel aufschlagen und die Fremden dann überwiegend die Gefängnisse bevölkern. Die Schweiz habe diese

Form der selbst produzierten Kriminalität mit Aufenthaltstiteln samt Zugang zu Arbeitsmarkt und sozialer Versorgung gestoppt.

## Maßnahmenpaket

Der Kriminologe und langjährige Gefängnischef Wolfgang Gratz sagt, es sei halt leichter, neue Gesetze zu schreiben als sich Gedanken über Maßnahmen zur Prävention zu machen. Er nennt als Beispiel den seit langem vernachlässigten Maßnahmenvollzug für geistig abnorme Rechtsbrecher: Seit 2015 gibt es Reformvorschläge einer Arbeitsgruppe. Doch die Ermordung einer 54-jährigen Wienerin am Brunnenmarkt durch einen paranoid-

schizophrenen Kenianer habe das Maßnahmenpaket verhindert. Es hätte vorgesehen, unbefristete Einweisungen nur bei Verbrechen aussprechen zu können, die mit mehr als drei Jahren Haft bedroht sind. Aus dem Justizministerium sei zu hören gewesen, man könne derzeit damit nicht an die Öffentlichkeit gehen.

„Doch, man kann, man muss“, sagt der Präsident des Wiener Straflandesgerichts, Friedrich Forsthuber. Er propagiert einen „maßvollen Einsatz von Strafen“, die „kein Allheilmittel“ seien. Von den insgesamt 9000 Häftlingen, die in Österreich einsitzen, könnte man laut Forsthuber 60 Prozent – unter entsprechenden begleitenden Maßnahmen – sofort entlassen.

## Sperre ab 14.30 Uhr

In den überfüllten Gefängnissen würden sie überwiegend nur noch verwahrt, statt resozialisiert.

Der Gerichtschef nannte als Beispiel die größte Justizanstalt Josefstadt, in der die Gefangenen täglich ab 14.30 Uhr betätigungslos bis zum nächsten Morgen in den Zellen eingeschlossen bleiben. Für U-Häftlinge ist generell keine Arbeit während der Zeit im Gefängnis vorgesehen,



„Die Opfer wollen gehört werden, sie fordern keine Rache. Aber sie werden oft dafür benützt.“

Alois Birkbauer Strafrechtsprofessor



„Die Vernunft kam schleichend abhanden, Hüftschüsse nehmen überhand.“

Wolfgang Gratz Kriminologe

## STEIERMARK

# „Wie Hitler sich im Grabe umdrehen würde“

**Graz.** Erstmals werden Stolpersteine für Schüler verlegt, die von den Nazis vertrieben wurden

95 Stolpersteine liegen bereits in Graz. Eingebettet in den Asphalt vor Häusern quer durch die Stadt sollen sie an jene Menschen erinnern, die dort wohnten, ehe sie von den Nazis vertrieben wurden.

Dienstag kommen 27 weitere dazu. Erstmals werden die kleinen Mahnmale vor einer Schule angebracht: Sie erinnern an 27 jüdische Schüler, die das Oeverseegymnasium nach dem sogenannten „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland verlassen mussten.

Unter diesen Schülern war auch Kurt Eisler. 1939 schafften es die Eislers, mit dem „Lisl-Transport“ über

Wien nach Palästina zu flüchten. 300 Juden konnten sich auf diesem illegalen Weg in Sicherheit bringen.

In Palästina heiratete Kurt 1949 Gerda, die Witwe seines Bruders. Auch Gerda, gebürtige Engel, stammt aus Graz. Gerda Eisler ist mittlerweile 90 Jahre alt und lebt

seit 1969 in Deutschland, ihr Mann Kurt starb 2003. Ihre Erinnerungen sind eben auch als Buch erschienen, herausgegeben vom Geschichtsverein „CLIO“. Für ihren Großvater sowie für ihre Eltern Heinrich und Rosa wurden bereits Stolpersteine verlegt. Gerda und ihr Mann Kurt waren

2000 bei der Einweihung der wieder errichteten Synagoge in Graz. Gerda erinnert sich, dass der damalige Bürgermeister Alfred Stingl, SPÖ, seine Gäste auf den Balkon des Rathauses führte. „Da standen wir, eine große Gruppe vertriebener Grazer Juden, die in ihre Heimat zurückgekehrt war“, schreibt sie. „Dabei stellte ich mir vor, wie Hitler sich im Grabe umdrehen würde, könnte er diese Szene beobachten. Dass mir so etwas im Leben passiert, hätte ich mir nie erträumt.“ – ELISABETH HOLZER

**BUCHTIPP**  
Gerda Eisler, „Alles, woran ich glaube, ist der Zufall“, Verlag CLIO, 18 Euro

**Stolpersteine für NS-Opfer: Für einen Teil von Gerda Eislers Familie wurden bereits Steine verlegt**



## STEIERMARK

# „KIT“ wird noch einige Zeit lang Science Fiction bleiben

**Graz.** Selbständig fahren, einparken und auf Knopfdruck den Besitzer wieder vor der Haustür abholen? Was „KIT“ in der TV-Serie „Knight Rider“ konnte, ist allen Fortschritten zum Trotz noch immer nicht gänzlich umsetzbar. „In den nächsten zehn, fünfzehn Jahren werden wir nicht komplett autonom fahren können“, ist Uni-Professor Hermann Steffan überzeugt. „Im normalen Verkehrsbetrieb würde man nicht viel mehr als 100 Meter kollisionsfrei kommen.“

Steffan ist wissenschaftlicher Leiter des Forschungszentrums „Virtual Vehicle“, das sich seit unter anderem auch mit dem selbstständigen

Fahren von Kfz beschäftigt. 200 Experten sind mit dabei, Partner sind neben der TU Graz auch Unternehmen wie AVL oder Magna. Rund 19 Millionen Umsatz macht das Zentrum pro Jahr.

Testwagen sind aber längst unterwegs, auf Autobahnen mit konstantem Tempo oder Testgelände mit niedrigerer Geschwindigkeit funktioniert autonomes Fahren schon gut. Aber immer sitzt ein Mensch im Wagen, der eingreifen kann. „Man glaubt nicht, welche Probleme plötzlich auftauchen können“, beschreibt Steffan. „Muss das Auto weiter rechts oder weiter links, wenn eine Fahrbahn breiter wird?“